

Einladung

zur 8. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss) am Donnerstag, 21. September 2017, 17.00 Uhr, Rathaus, Hodlersaal

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
2. Begrüßung und Aufnahme der neuen beratenden Mitglieder
3. Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde
4. Genehmigung des Protokolls über die 7. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation am 17.8.2017
5. Antrag der AfD-Fraktion zur Erstattung von Asylkosten
(Drucks. Nr. 2028/2017)
6. Antrag der CDU-Fraktion zur Einrichtung einer zentralen Ombudsstelle für Flüchtlinge
(Drucks. Nr. 2098/2017)
7. GUGS - Griffbereit unterwegs - ein Projekt für geflüchtete Familien und Kinder von 0-6 Jahren
(Drucks. Nr. 2031/2017 mit 1 Anlage) - bereits übersandt
8. Bericht der Dezernentin
9. Aktuelles

Schostok

Oberbürgermeister

PROTOKOLL

8. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation
(Internationaler Ausschuss) am Donnerstag, 21. September 2017,
Rathaus, Hodlersaal

Beginn 17.00 Uhr
Ende 17.45 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister Hermann	(SPD)	
Ratsfrau Jeschke	(CDU)	
Ratsherr Braune	(AfD)	
Ratsherr Finck	(SPD)	
Ratsfrau Iri	(SPD)	
Ratsherr Kelich	(SPD)	i.V. Ratsherr Finck
Ratsherr Klapproth	(CDU)	
Ratsfrau Klingenburg-Pülm	(Bündnis 90/Die Grünen)	i.V. Beigeordnete Dr. Markowis
Ratsfrau Langensiepen	(Bündnis 90/Die Grünen)	
Ratsfrau Dr. Matz	(CDU)	
Ratsherr Yildirim	(LINKE & PIRATEN)	

Beratende Mitglieder:

Frau Bokah Tamejani
Herr Dipl.-Ing. Faridi
Frau Hanesyan
Frau Hilscher-Bogussevich
Frau Kage
Herr Prof. Dr. Ing. Khoramnia
Frau Marinova
Herr Rademaker
Herr Dr. Ramani

Verwaltung:

Stadträtin Beckedorf
Herr Catanak, OE 50.60
Herr Schneider, OE 50.6
Frau Stärk, OE 51.4
Frau Wilke, OE 51.46
Frau Wille OE 50.60

Für die Presse:

Herr Kohoshbeen, Internetseite LHH

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
2. Verabschiedung der bisherigen beratenden Mitglieder und Begrüßung und Aufnahme der neuen beratenden Mitglieder
3. Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde
4. Genehmigung des Protokolls über die 7. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation am 17.8.2017
5. Antrag der AfD-Fraktion zur Erstattung von Asylkosten
(Drucks. Nr. 2028/2017)
6. Antrag der CDU-Fraktion zur Einrichtung einer zentralen Ombudsstelle für Flüchtlinge
(Drucks. Nr. 2098/2017)
7. GUGS - Griffbereit unterwegs - ein Projekt für geflüchtete Familien und Kinder von 0-6 Jahren
(Drucks. Nr. 2031/2017 mit 1 Anlage)
8. Bericht der Dezernentin
9. Aktuelles

TOP 1.

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

Vorsitzender Bürgermeister Hermann begrüßt die Anwesenden, stellt die fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und erkundigt sich, ob es Anmerkung zur vorliegenden Tagesordnung gebe.

Ratsfrau Iri teilt mit, dass die SPD-Fraktion den Antrag unter TOP 6 in die Fraktion ziehen werde.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

TOP 2.

Verabschiedung der bisherigen beratenden Mitglieder und Begrüßung und Aufnahme der neuen beratenden Mitglieder

Vorsitzender Bürgermeister Hermann betont, dass die heutige Sitzung im Internationalen Ausschuss eine besondere sei. Das intensive Auswahlverfahren, um die Plätze der beratenden Mitglieder im Internationalen Ausschuss nach den Wahlen im vergangenen Herbst zu besetzen, habe entsprechend Zeit erfordert. Nun habe er die schöne Aufgabe, die neuen beratenden Mitglieder zu begrüßen und die bisherigen zu verabschieden. Besonders

wolle er denjenigen danken, die nicht mehr für eine weitere Periode im Internationalen Ausschuss tätig würden. Der ehrenamtliche Einsatz im Internationalen Ausschuss bedeute viel Arbeit, die nicht immer nur leicht sei. Er danke Herrn Ganijev, Frau Guaqueta-Korzonnek, Herrn Hussein, Herrn Raynesh, Frau Dr. Sekler und Frau Dr. Tekidou-Kühlke, von denen er sich im Namen des Ausschusses heute verabschiede. Genauso danke er den drei beratenden Mitgliedern, Herrn Lam, Herrn Faridi und Frau Kage, die auch für die laufende Ratsperiode wieder benannt und vom Rat bestätigt worden seien. Eine besondere Freude sei es, diejenigen beratenden Mitglieder zu begrüßen, die neu in den Internationalen Ausschuss aufgenommen worden seien. Er begrüße im Namen aller Ausschussmitglieder Frau Al-Amin, Frau Bokah Tamejani, Frau Hanesyan-Kaehm, Frau Hilscher-Bogussevich, Herrn Prof Dr. Ing. Khoramnia, Frau Marinova, Herrn Rademaker und Herrn Dr. Subramanian Ramani. Mit den elf beratenden Mitgliedern sei der Internationale Ausschuss nun vollständig besetzt. Er freue sich auf gute Zusammenarbeit. Es folgt die Übergabe der Dankespräsente an die ausscheidenden beratenden Mitglieder. **Vorsitzender Bürgermeister Hermann** lädt im Anschluss an die Ausschusssitzung zum Empfang im Foyer des Ratsaals ein.

Zur Kenntnis genommen

TOP 3.

Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Vorsitzender Bürgermeister Hermann erläutert für die beratenden Mitglieder die Möglichkeit der Einwohnerfragestunde. Gemäß der Geschäftsordnung sei es im Fall von Fragen aus den Reihen der Bürger_innen üblich, dass die Verwaltung antworte, nicht die Politik.

Es liegen keine Wortmeldungen aus der Bevölkerung vor.

TOP 4.

Genehmigung des Protokolls über die 7. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation am 17.8.2017

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

TOP 5.

Antrag der AfD-Fraktion zur Erstattung von Asylkosten (Drucks. Nr. 2028/2017)

Beigeordneter Braune verliest die Begründung des Antragstextes.

Ratsfrau Iri entschuldigt sich bei den beratenden Mitgliedern dafür, dass der erste Antrag, mit dem sie auf der Tagesordnung konfrontiert seien, ein Antrag zum Thema Flüchtlingspolitik der AfD-Fraktion sei. Sie deute den Gesichtsausdruck von **Beigeordnetem Braune** dahingehend, dass er selbst nicht hinter dem Inhalt stehe. Möglicherweise sei er es selbst leid, immer wieder auf ein und demselben Thema herumzureiten. Sie appelliere daran, sich stattdessen auf die wesentlichen Punkte zu konzentrieren, es gebe vieles zu tun.

Ratsherr Yildirim fragt, ob es für die AfD-Fraktion denn kein anderes wichtiges Thema gebe. Seit neun Monaten lege die AfD-Fraktion ausschließlich Anträge zum Thema Geflüchtete vor. Man solle aber nicht Hass schüren, diffamieren und dauerhaft ausgrenzen. Diese Zielrichtung sei unmenschlich, es gehe hier um Menschen, die schutzbedürftig seien

und die Unterstützung der Kommune benötigen. Er plädiere für eine vernünftige Politik, die darauf ausgerichtet sei, den Menschen zu helfen. Das gehe nicht, indem man Ängste schüre und Personengruppen schlecht mache. Er appelliere daran, den Fokus auf echte politische Arbeit zu legen, was Aufgabe dieses Ausschusses sei.

Ratsfrau Jeschke bemerkt, dass der Antrag auch durch Vorlesen nicht besser werde. Die CDU-Fraktion werde ihn auch deshalb ablehnen, weil darin von „Missbrauchskosten“ gesprochen werde, was eine beleidigende Wirklichkeitsverzerrung sei. Politiker würden im Antrag als Täter bezeichnet, sodass selbst eine Beleidigungsklage eine verständliche Reaktion wäre. Hiermit liege erneut ein Antrag vor, der in die rechtslastige, nazibehaftete Linie der AfD gehöre und selbstverständlich abgelehnt werde. Auch die x-te Wiederholung und das Zitieren desselben Verfassungsrichters machten den Antrag nicht besser.

Ratsfrau Klingenburg-Pülm macht deutlich, dass sie nicht auf den Inhalt des Antrages eingehen werde. Sie wolle aber hervorheben, dass die SPD, die CDU, die FDP, die Gruppe die LINKE/Piraten und die Fraktion Bündnis90/die Grünen sich an dieser Stelle für ein menschliches Hannover einsetzten, in dem alle miteinander leben könnten, unabhängig von ihrer Religion oder Herkunft. Der Wunsch danach, hier gute Arbeit zu machen, verbinde alle genannten Fraktionen und sie freue sich darüber, dass die beratenden Mitglieder hier seien, um sie darin zu unterstützen.

Beigeordneter Braune räumt ein, dass die Formulierungen im Antrag an einigen Stellen perfide seien. Inhaltlich gehe es aber um die Stadt Hannover und um die Kosten, die der LHH entstanden seien. Diese habe auch der OB versucht, vom Land zurückzuholen, die Möglichkeit dazu werde momentan noch geprüft. Er habe nichts gegen Flüchtlinge, die hier Schutz suchten. Der Antrag habe lediglich die Kosten zum Thema, nichts weiter.

Ratsherr Kelich erwidert, dass **Beigeordneter Braune** vergeblich versuche, den Antrag zu versachlichen. Darüber hinaus argumentiere er sachlich schlichtweg mit falschen Zahlen, denn diese bezögen sich auf den gesamten Bereich der Unterbringung und Versorgung, inbegriffen seien alle Kosten für Obdachlose und Wohnungslose. Er rege an, dass **Beigeordneter Braune** diese Informationen in seine Fraktion tragen solle, um eventuell zu erreichen, dass ein bisschen mehr Verständnis für den Gesamtzusammenhang aufgebracht werde. Zum Glück habe Deutschland die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet und zum Glück stehe im deutschen Grundgesetz unter Artikel 1 „Die Würde des Menschen“ sei unantastbar und nicht etwa „die Würde des Deutschen“.

0 Stimmen dafür, 9 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung

TOP 6.

Antrag der CDU-Fraktion zur Einrichtung einer zentralen Ombudsstelle für Flüchtlinge (Drucks. Nr. 2098/2017)

Der Tagesordnungspunkt wurde auf Wunsch der SPD-Fraktion in die Fraktion gezogen.

TOP 7.

GUGS - Griffbereit unterwegs - ein Projekt für geflüchtete Familien und Kinder von 0-6 Jahren (Drucks. Nr. 2031/2017 mit 1 Anlage)

Frau Wilke erläutert die Drucksache, die sich auf das GUGS-Projekt beziehe, das im letzten Jahr seine Arbeit aufgenommen habe. Alle Informationen über die Aktivitäten im letzten Jahr seien in der Drucksache enthalten. Das Projekt sei zunächst an sieben

Standorten installiert worden. Die durchführenden Elternbegleiterinnen seien aus den Programmen „Rucksack“ und „Griffbereit“ rekrutiert worden und hätten der Arbeit bei GUGS mit Aufregung entgegengesehen, da anfangs ungewiss gewesen sei, was in der Praxis auf sie zukommen würde. Der Zulauf in den Unterkünften sei von Anfang an sehr groß gewesen, die Unterstützung der Betreiber in den Unterkünften ebenfalls. Ein Betreiber habe sich im Laufe des Jahres aus verschiedenen Gründen aus dem Projekt zurückgezogen. Im neuen Jahr könnten insgesamt zehn Unterkünfte versorgt werden. Das Besondere sei, dass sich das Projekt sowohl an Kinder, als auch an Eltern in den Flüchtlingsunterkünften richte. Es sei ein sehr niedrigschwellig angelegtes Angebot, das den Teilnehmenden ermögliche, sich der deutschen Sprache anzunähern. Insbesondere eine Elternbegleiterin, die Farsi spreche, fungiere als wichtige Multiplikatorin, und die Teilnehmenden nutzten die Möglichkeit, in den 1,5-2 Stunden dauernden Treffen sehr alltagspraktische Informationen einzuholen. Das Angebot sei so gut angenommen worden, dass es sich herumgesprochen habe, sodass weitere Betreiber mit der Bitte auf die Stadt gekommen seien, GUGS auch in ihren Einrichtungen anzubieten. Das sei möglich, vorausgesetzt, die vorliegende Drucksache werde angenommen.

Ratsfrau Klingenburg-Pülm drückt ihre Zustimmung zu dem Projekt aus. Sie habe sich aus der Schilderung in der Drucksache sehr bildhaft vorstellen können, wie lebhaft das Projekt durch die vielen beteiligten Kinder angelaufen sei. Sie freue sich, dass das Projekt anscheinend so gut angenommen worden sei und begrüße, dass es sich um ein aufsuchendes Angebot handle, das sowohl die Mütter als auch die Kinder einbeziehe, auch wenn es etwas bedauerlich sei, dass es ausschließlich Mütter und keine Väter seien. Sie erkundigt sich, ob GUGS darauf hinarbeite, dass die Kinder eine KiTa besuchten, wie der Fortgang des Projektes geplant sei und ob es denkbar sei, das GUGS-Programm dahingehend auszuweiten, dass es auch den obdachlosen Familien, z.B. im Burgweg, zu Gute komme.

Frau Wilke bedauert, dass sie nicht generell beantworten könne, wie genau es für die Kinder in Betreuungseinrichtungen weitergehe, aber sie könne ein paar Beispiele nennen. In einer Unterkunft hätten zum Beispiel mehrere Kinder am GUGS-Projekt teilgenommen und hätten dann einen Betreuungsplatz in der KiTa Nordring bekommen. Diese Kinder hätten sich sehr gefreut, dass sie viele Lieder wiedererkannt hätten, die auch in der KiTa gesungen würden. Das gebe Sicherheit und einen wertvollen Wiedererkennungswert. Mütter und Kinder seien bei Projektbeginn spürbar innerlich noch nicht angekommen gewesen, sie seien unruhig und unkonzentriert gewesen. Das habe sich mittlerweile sehr geändert, die Freude am gemeinsamen Miteinander in den Angeboten und Aktivitäten sei spürbar. Auch die im Oststadt Krankenhaus lebenden Kinder, die nun teilweise die KiTa in der Hebbelstraße besuchten fänden durch GUGS in der KiTa eine Vertrautheit durch die bekannten Rituale, die sehr hilfreich sei. GUGS werde dort weiterhin durchgeführt. Alle Elternbegleiterinnen von GUGS seien auch in KiTas tätig und könnten so ein Stück Vermittlung übernehmen. Man dürfe aber nicht vergessen, dass es sich um semiprofessionelle Elternbegleiterinnen handle, diese seien nicht vorbereitet auf die Arbeit mit den obdachlosen Familien. GUGS sei darüber hinaus ein freiwilliges Angebot, die Betreiber müssten intensiv mitarbeiten, die entsprechende Infrastruktur müsse geboten werden. Hinzu komme, dass der aktuelle Auftrag von GUGS die Durchführung des Programms in Flüchtlingsunterkünften sei. Obdachlosenunterkünfte seien ein spezifisches Thema, das in der jetzigen Form von GUGS nicht abgedeckt werden könne und wofür momentan auch kein Auftrag bestehe.

Ratsherr Klapproth lobt das Projekt, er selbst habe erlebt, wie problematisch es sei, wenn die Kinder für Sprachlernmaßnahmen von den Eltern getrennt würden. Er wundert sich, dass es noch so wenige Betreiber seien, bei denen GUGS durchgeführt werde, aber vielleicht müsse man geduldig sein. Er erkundigt sich nach der Anzahl der Elternbegleiterinnen, ob es tatsächlich ausschließlich Frauen seien, und wenn ja, warum dies so sei. Gewundert habe er sich darüber, dass trotz der großen persischen Community in Hannover Farsi-sprechende Begleiterinnen oder Dolmetscher_innen so rar seien.

Frau Wilke berichtet, dass es über das „Rucksack“-Programm ungefähr sechzig aktive Elternbegleiter_innen gebe. Im GUGS-Programm seien aber nur siebzehn tätig, da dafür eine weitere vorbereitende Fortbildung Voraussetzung gewesen sei. Im Unterschied zu den Rucksackgruppen werde bei GUGS immer im Tandem gearbeitet. Vom Land sei aktuell ein neues Programm, „Quick“, aufgelegt worden. Dadurch würden momentan die meisten Elternbegleiter_innen und Stadtteilmütter abgezogen. Eine wichtige Aufgabe sei entsprechend die Akquise von neuen Elternbegleiter_innen. Teilweise würden aktuell die alten Elternbegleiter_innen mit Erfolg wieder zurückgeholt. Zunächst müsse auch die Fortführung des fest installierten „Rucksack“-Programms sichergestellt werden. Unter den qualifizierten Elternbegleiter_innen fänden sich viele arabischsprachige Begleiterinnen mit „Rucksack“-Erfahrung, aber kaum aus Afghanistan stammende Personen. Entsprechend sei Farsi zu wenig vertreten. Möglicherweise sei die eine genannte Kraft mittlerweile auch über das Quickprogramm beschäftigt. Sie habe es in ein oder zwei Fällen erlebt, dass es männliche Interessenten für die GUGS-Gruppe gegeben habe, das sei allerdings von den teilnehmenden Frauen abgelehnt worden. In der Regel seien in den Familien der Zielgruppe die Frauen für die Kinder verantwortlich, während die Männer die Sprachkurse besuchten. Sie habe es bereits im Rahmen des „Rucksack“-Programms erlebt, dass die Frauen in der Regel unter sich sein wollten. Die Konzeption von GUGS sehe theoretisch aber die Teilnahme von Eltern vor, unabhängig vom Geschlecht. Vereinzelt habe es männliche Kandidaten gegeben, die die Elternbegleiterfortbildung durchlaufen hätten oder die „Rucksack“-Gruppen besuchten, diese ließen sich aber an einer Hand abzählen. Allerdings habe sie festgestellt, dass die Inhalte aus dem GUGS-Programm in die Familie weitergetragen würden. Auf diese Weise würden tatsächlich auch Großeltern und Väter erreicht, auch wenn diese in den Gruppen nicht sichtbar seien.

Ratsfrau Iri unterstreicht, dass sie das GUGS-Projekt unterstütze. Ihre Frage beziehe sich auf den Standort Kirchrode. Die Unterkunft dort schließe zum 31.12.2017, sie wolle sich erkundigen, ob das Projekt dann auslaufe, oder ob es quasi mit den Bewohner_innen umziehe.

Frau Wilke bestätigt, dass der Standort in der Zweibrückener Straße geschlossen würde, allerdings sei der Zeitpunkt bisher nicht bekannt. Fest stehe aber der Betreiberwechsel von European Homecare zum DRK. Nicht bekannt sei bisher, ob alle Familien umzögen, oder ob einige nicht doch versuchen würden, eine Wohnung in Kirchrode zu beziehen und im schulischen Umfeld der Kinder zu bleiben. Für die Fortführung des GUGS-Projektes am neuen Standort müssten in jedem Fall auch die räumlichen Voraussetzungen in der neuen Unterkunft vorhanden sein, das sei momentan noch nicht geklärt.

Ratsherr Yildirim betont, dass Projekte, die Kindern und Familien zu Gute kämen, immer die Zustimmung seiner Fraktion bekämen. Er lobt die sehr gut aufbereitete Drucksache und bekräftigt die Unterstützung seinerseits.

Beigeordneter Braune fügt hinzu, dass auch die AfD-Fraktion das GUGS-Projekt für sehr gut halte und befürworte.

Frau Bokah Tamejani bietet an, die Projektleitung von GUGS zu unterstützen, indem sie afghanische Frauen in das Projekt vermitteln werde.

Einstimmig

TOP 8.

Bericht der Dezernentin

Es liegen keine Themen für einen Bericht vor.

TOP 9.

Aktuelles

Es gibt keine Beiträge.

Vorsitzender Bürgermeister Hermann schließt die Sitzung um 17:45 Uhr

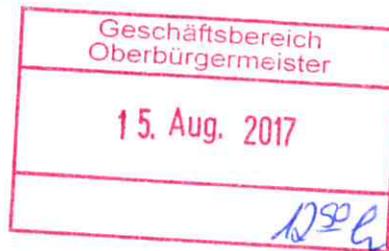
Stadträtin Beckedorf

Wille (für das Protokoll)



[AfD-Fraktion im Rat der LHH – Herrenstraße 7 – 30159 Hannover](#)

Herrn Oberbürgermeister
Stefan Schostok
Trammplatz 2
30159 Hannover



In den Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Rechnungsprüfung
In den Ausschuss für Angelegenheiten des Geschäftsbereichs des Oberbürgermeisters
In den Sozialausschuss
In den Internationalen Ausschuss
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung

Hannover, 14. August 2017

Antrag gemäß § 10 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover.

Die Ratsversammlung möge beschließen,

dass die Landeshauptstadt Hannover die Bundesrepublik Deutschland auffordert, die im Zeitraum vom 01.01.2014 bis zum 31.12.2016 ihr entstandenen Asyl(missbrauchs)kosten - die sich im Ergebnishaushalt auf 210.320.742 Euro und im Finanzhaushalt (Teil Investitionstätigkeit) auf 88.700.000 Euro belaufen¹ - abzüglich der für diesen Zeitraum vereinnahmten Erträge unter Fristsetzung bis Ende des Jahres 2017 zu erstatten. Im Weigerungsfall beschreitet die Landeshauptstadt Hannover den Rechtsweg, bzw. fordert das Land Niedersachsen auf, diesen für die Landeshauptstadt Hannover zu beschreiten.

Begründung:

Wie der ehemalige Bundesverfassungsrichter Professor Dr. Dr. Udo Di Fabio in seinem Rechtsgutachten für die Bayerische Landesregierung² feststellt, haben die Bundeskanzlerin und ihre Mittäter mit ihrer Entscheidung, Millionen Menschen, von denen gemäß Art. 16a, Abs. 2, S. 1 GG faktisch kaum einer einen Anspruch auf Asyl in Deutschland hat, zur Einwanderung in die deutschen Sozialsysteme anzustiften, verfassungs- und gesetzeswidrig gehandelt. So wäre der Bund nach dem Prinzip des bundesfreundlichen Verhaltens gegenüber den Ländern – und somit auch gegenüber den Kommunen als Teil der Länder – zu einem effektiven Schutz der deutschen Grenzen und einer Kontrolle der einrei-

¹ Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der AfD-Fraktion zu Asyl(missbrauchs)kosten in der Ratssitzung am 15.06.2017 (Nr. 1305/2017 F1).

² Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio Migrationskrise als föderales Verfassungssystem, Gutachten im Auftrag des Freistaates Bayern, http://www.bayern.de/wp-content/uploads/2016/01/Gutachten_Bay_DiFabio_formatiert.pdf.

AfD-Fraktion im Rat der
Landeshauptstadt Hannover
Herrenstraße 7
30159 Hannover
Tel.: 0511 168 31845
afd@hannover-rat.de

Fraktionsvorsitzender
Sören Hauptstein

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Reinhard Hirche

senden Personen verpflichtet gewesen. Auf bundesrechtlicher Ebene hätte gemäß § 15 AufenthG und § 18 AsylG zudem die Pflicht bestanden, unerlaubt einreisende Ausländer an der Grenze zurückzuweisen. Für die polizeiliche Überwachung der Grenzen bzw. die polizeiliche Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs wäre gemäß § 2 BPolG vornehmlich die dem Bundesministerium des Innern unterstehende Bundespolizei zuständig gewesen.

Durch ihr vorsätzliches pflichtwidriges Unterlassen hat die Bundesregierung einen Millionenschaden in dreistelliger Höhe für die Bürger Hannovers verursacht. Hinzu kommen immense Verwerfungen in Bezug auf das zukünftige gesellschaftliche Miteinander in der Stadt, die in ihrer Gesamtheit noch gar nicht absehbar sind. Auch ist sie maßgeblich dafür mitverantwortlich, dass abertausende Menschen auf dem Weg nach Europa unter furchtbaren Umständen ums Leben kamen. Dem Verursacherprinzip folgend ist der Bund für dieses desaströse Fehlverhalten in Regress zu nehmen.



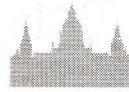
Sören Hauptstein
Beigeordneter und Fraktionsvorsitzender

AfD-Fraktion im Rat der
Landeshauptstadt Hannover
Herrenstraße 7
30159 Hannover
Tel.: 0511 168 31845
afd@hannover-rat.de

Fraktionsvorsitzender
Sören Hauptstein

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Reinhard Hirche

Fachbereich Personal und Organisation Bereich Rats- und Stadtbezirksangelegenheiten		
23. AUG. 2017 M. 4504		
		17.60



CDU RATSFRAKTION
HANNOVER

22. August 2017

In den Ausschuss für Integration, Europa und Internationale Kooperation
In den Sozialausschuss
In den Gleichstellungsausschuss
In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung

Antrag gem. der Geschäftsordnung des
Rates der Landeshauptstadt Hannover

Einrichtung einer zentralen Ombudsstelle für Flüchtlinge

Antrag zu beschließen:

Der Rat der Landeshauptstadt Hannover fordert die Verwaltung auf, eine zentrale Ombudsstelle für Hinweise und Beschwerden zur Betreuung und Unterbringung von Flüchtlingen einzurichten. Die Ombudsstelle arbeitet unabhängig von der Stadtverwaltung und vermittelt darüber hinaus weitergehende Hilfs- und Beratungsangebote. Der Rat wird halbjährig über die Arbeit der Ombudsstelle informiert.

Begründung:

Die hannoversche Ombudsstelle soll nach Kölner Vorbild eingerichtet werden. Diese hat bereits vor einigen Monaten ihre Arbeit aufgenommen und ist sehr erfolgreich. Die Ombudsstelle steht demnach auch in Hannover für die Anregungen und Beschwerden aller Bewohner, Mitarbeiter und ehrenamtlichen Helfer von Flüchtlingsunterkünften offen. Auch der hannoverschen Bevölkerung steht sie als Ansprechpartner zur Verfügung.

Jens Seidel
Vorsitzender

Fraktion der Christlich-Demokratischen Union im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Osterstraße 60 Telefon (0511) 168 - 4 55 28

e-mail: cdu@hannover-stadt.de

30159 Hannover Telefax (0511) 168 - 4 50 51 internet: www.cdu-hannover.de

Landeshauptstadt

Hannover

Beschluss-
drucksache

b

In den Jugendhilfeausschuss
In den Ausschuss für Integration, Europa und
Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
In den Ausschuss für Haushalt Finanzen und
Rechnungsprüfung
In den Verwaltungsausschuss
An den Sozialausschuss (zur Kenntnis)
An den Stadtbezirksrat Vahrenwald-List (zur Kenntnis)
An den Stadtbezirksrat Bothfeld-Vahrenheide (zur
Kenntnis)
An den Stadtbezirksrat Buchholz-Kleefeld (zur
Kenntnis)
An den Stadtbezirksrat Misburg-Anderten (zur
Kenntnis)
An den Stadtbezirksrat
Kirchrode-Bemerode-Wülferode (zur Kenntnis)
An den Stadtbezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt
(zur Kenntnis)
An den Stadtbezirksrat Herrenhausen Stöcken (zur
Kenntnis)

Nr. 2031/2017

Anzahl der Anlagen 1

Zu TOP

BITTE AUFBEWAHREN - wird nicht noch einmal versandt

GUGS - Griffbereit unterwegs - ein Projekt für geflüchtete Familien und Kinder von 0-6 Jahren

Antrag zu beschließen,

1. dass in insgesamt 6 Flüchtlingsunterkünften an den Standorten Am Nordhang 9a-d Ahlem; Am Sahlkamp 30 A-C Vahrenheide; Hebbelstraße 57/Alt-Vinnhorst 82, List; Lauckerthof 3, Stöcken; Feodor-Lynen-Straße 3 a, Roderbruch; das niedrigschwellige Projekt „GUGS“ für ein weiteres Jahr fortgeführt wird.

2. dass in insgesamt 3 Flüchtlingsunterkünften an den Standorten Herrmann-Ehlers-Allee 100, Badenstedt; Zweibrückener Straße 72, Kirchrode; und in Misburg-Nord, Kampstraße 11, das niedrighschwellige Projekt GUGS neu angeboten wird.

3. die Kosten des Projekts im Förderzeitraum 01.08. 2017 bis 31.07. 2018 in Höhe von 94.768,- Euro zu bewilligen. Die Kosten beinhalten Personalkosten für die Koordinatoren sowie Qualifizierungs- und Honorarkosten für die Elternbegleiter/innen und Sachkosten. Die Koordinatorin ist Beschäftigte der LH Hannover.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Das Programm richtet sich im Wesentlichen an die Eltern (hier vorrangig die Mütter) und ihre Kinder. Die Mütter tragen den Hauptanteil der Erziehungsverantwortung für die Kinder und sind in der Begleitung der Kinder deutlich präsenter. Bei den Kindern profitieren Jungen und Mädchen gleichermaßen von dem Angebot.

Kostentabelle

Darstellung der zu erwartenden finanziellen Auswirkungen in Euro:

Teilfinanzhaushalt 51 - Investitionstätigkeit

Investitionsmaßnahme 0	Bezeichnung		
Einzahlungen		Auszahlungen	
		Saldo Investitionstätigkeit	0,00

Teilergebnishaushalt 51

Angaben pro Jahr

Produkt 36501 Kindertagesbetreuung

Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	
	Personalaufwendungen	34.000,00
	Transferaufwendungen	60.768,00
	Saldo ordentliches Ergebnis	-94.768,00

Die erforderlichen Mittel stehen in den Haushalten 2017 und 2018 zur Verfügung.

Begründung des Antrages

GUGS ist ein Projekt für geflüchtete Familien und deren Kinder im Alter von 0 bis 6 Jahren im Rahmen des Handlungs- und Maßnahmenkatalogs entsprechend der Informations-Drucksache 2094/2015.

In der Informations-Drucksache 2325/2016 wurde den Ratsgremien der Landeshauptstadt Hannover bereits ein erster Erfahrungsbericht vorgelegt. Nach einem weiteren Jahr Erfahrungen soll dieser nun ergänzt und die Fortsetzung von GUGS um ein weiteres Jahr beschlossen werden.

Das Projekt ist an die erfolgreiche Arbeit und den Erfahrungen aus den Programmen „Rucksack“ und „Griffbereit“ angelehnt. Es ist ein niedrigschwelliges und zugehendes Projekt für Flüchtlingsfamilien. Es wird in der Regel in den Unterkünften oder in nahegelegenen Freizeiteinrichtungen durchgeführt.

Die Gruppen an allen Standorten werden ausgesprochen gut angenommen. Es gibt zum Teil Standorte, die mittlerweile an ihre räumlichen und inhaltlichen Grenzen stoßen, weil die Anzahl der Teilnehmerinnen zu groß ist. Nach fast einem Jahr der Durchführung besteht nachweislich weiterhin ein großer Bedarf an diesem Angebot.

Mit dem Projekt werden derzeit im Gesamtdurchschnitt ca. 60 Mütter und ca. 60 Kinder überwiegend im Alter von 0-3 Jahren betreut. Die Kinder zwischen 3-6 Jahren sind bereits häufig in Kindertageseinrichtungen und nur zum Teil in den GUGS-Gruppen anwesend.

Das besondere Merkmal dieses Projektes ist, dass es im bundesweiten Vergleich kaum Angebote in der Flüchtlingshilfe gibt, die sich zeitgleich an Mütter und deren Kinder richten. Es gibt häufig Angebote, die sich ausschließlich an Frauen oder an Kinder richten. Die erfolgreiche Tätigkeit ist dem Sachbericht in der Anlage zu entnehmen.

Hannover / 16.08.2017

Als Anlage zur B-Drucksache werden die Informationen aus der I-Drucksache Nr.: 2325/2016 beigelegt.

Welche Ziele verfolgt GUGS

Mit GUGS sollen Familien aus allen Wohnformen erreicht werden, was vor allem in Stadtteilen mit angemieteten Wohnungen nur über die Netzwerke vor Ort möglich ist.

GUGS will Eltern und Kinder spielerisch und mit vielen Wiederholungen an die deutsche Sprache herantreiben. Es werden den Familien Angebote vorgestellt, die das Leben mit Kindern im Alltag von Flüchtlingen erleichtern können. Dabei sind das Wissen und die Kenntnisse der erfahrenen Elternbegleiterinnen aus den Programmen Rucksack und Griffbereit ausgesprochen hilfreich. Mit ihren Anregungen, ihrem Engagement und ihrer Sprachenvielfalt bringen sie über GUGS die Menschen in den Unterkünften zusammen und fördern somit die Kommunikation untereinander.

GUGS will den Familien helfen, sich in alltäglichen und alltagspraktischen Situationen besser orientieren zu können. Das Verstehen von gesellschaftlichen, kulturellen Normen und Werten soll gefördert werden.

Was ist GUGS?

GUGS versteht sich als ein niedrigschwelliges und zugehendes Projekt für Flüchtlingsfamilien und ist entwickelt worden aus den Programmen Rucksack und Griffbereit. Während das Programm Rucksack in der Umsetzung an Kindertagesstätten gebunden ist und sich an Eltern mit Kindern von 3 bis 6 Jahren richtet, ist Griffbereit auch in Stadtteilgruppen, ohne Anbindung an Kindertagesstätten, durchführbar. In der ursprünglichen Form richtet sich Griffbereit an Eltern mit Kindern bis 3 Jahre, ist aber in der Gestaltung freier als Rucksack und erlaubt somit eine konzeptionelle Anpassung an Flüchtlinge und deren Lebensrealität. Die Einbeziehung von Kindern von 0 bis 6 ist bei diesem Programm ebenfalls möglich.

Erfahrungen mit Rucksack und Griffbereit

In der Stadt Hannover gibt es langjährige Erfahrungen mit den Programmen Rucksack und Griffbereit. 2004 haben die ersten 4 Kindertagesstätten begonnen, das Sprachförder- und Elternbildungsprogramm nach Hannover zu holen und Ende 2004 beschloss der Rat der Stadt Hannover die Entwicklung eines Konzepts zur „Flächendeckenden Sprachförderung“. Das Programm Rucksack mit seinen Aspekten Sprachförderung, Elternbildung und Integration überzeugte nicht nur die Kindertagesstätten, sondern auch die Politik.

Rucksack ist in den 1990er Jahren in den Niederlanden zur besseren Integration und zur Verbesserung der Bildungschancen für Zuwanderer entwickelt worden. Nordrhein-Westfalen erhielt 1999 die Lizenz für Deutschland und ist weiterhin Vertragspartnerin für Kommunen oder einzelne Standorte, die mit Rucksack arbeiten wollen. Kaum ein anderes Programm hat die Kitas in Hannover und den Zugang zu Familien mit Migrationshintergrund so nachhaltig verändert wie dieses. Es arbeiten derzeit 47 Kitas nach diesem Programm und weitere haben ihr Interesse bekundet.

Das Rucksackprogramm funktioniert nur durch die Einbindung von Müttern aus der Kita. Aus jeder teilnehmenden Kita wird mindestens eine Mutter zur Elternbegleiterin qualifiziert. Die Qualifizierung besteht aus 11 Bausteinen und umfasst u.a. die Sprachentwicklung und Sprachförderung von Kindern von 0 – 6 Jahren, den Umgang mit den Rucksack - und Griffbereitmaterialien und die Anleitung von Gruppen. Nach der Qualifizierung werden die Elternbegleiterinnen als Honorarkräfte in den Kitas eingesetzt. Sie leiten die Rucksack- und Griffbereitgruppen an und arbeiten gemeinsam mit den ErzieherInnen an der interkulturellen Öffnung der Kita.

Die Programme Rucksack und Griffbereit sind von einer hohen Wertschätzung gegenüber der Muttersprache geprägt. Deutsch als Bildungs- und Verkehrssprache und die Erstsprache sollen gleichermaßen gefördert werden. Die zugrunde liegenden Materialien gibt es daher in 10 verschiedenen Sprachen für die Eltern und in Deutsch für die Kindertagesstätte. Die Erfahrungen der Elternbegleiterinnen und die langjährigen Erfahrungen des Sachgebietes 51.46/Fachberatung für trägerübergreifende Angelegenheiten und Programme boten sich an, ein Projekt für Flüchtlingsfamilien zu entwickeln.

Integraler Bestandteil dabei sind die ElternbegleiterInnen als Mittlerinnen zwischen den Kulturen, ihren Erfahrungsschätzen und ihrer Sprachenvielfalt.

Vorbereitung

Zur Vorbereitung wurde im Sachgebiet 51.46/Fachberatung für trägerübergreifende Angelegenheiten ein Konzept entworfen, in dem die Ziele und Möglichkeiten des Projektes auf Basis der vorhandenen Erfahrungen, Kompetenzen und bekannter Bedarfe der Flüchtlingsfamilien Berücksichtigung gefunden haben. Gemeinsam mit einer externen Referentin wurde für bereits erfahrene ElternbegleiterInnen aus dem Rucksack- und Griffbereitprogramm eine Qualifizierung entwickelt und durchgeführt.

Die Qualifizierung zum/zur GUGS-ElternbegleiterIn und die Durchführung von GUGS orientieren sich an den beiden Programmen Rucksack Kita und Griffbereit, enthalten darüber hinaus aber noch andere konzeptionelle Überlegungen. Die Elternbegleiterinnen werden vorbereitet auf Dinge, die auf sie zukommen, geprägt durch die Lebenssituationen und Erfahrungen der Flüchtlingsfamilien. Sie erhalten Informationen über die unterschiedlichen rechtlichen Situationen der Flüchtlinge und sie werden inhaltlich auf das Thema Deutsch als Fremdsprache geschult. Die Qualifizierung der ElternbegleiterInnen, in der Zusammenarbeit mit der Ada- und Theodor Lessing Volkshochschule, umfasst folgende Module:

- o Einstieg in die Qualifizierung
- o Gestaltung des Erstkontakts
- o Rolle und Aufgabe der GUGS-ElternbegleiterInnen
- o Die sozial-emotionale Entwicklung des Kindes
- o Die Bedeutung von Bindung
- o Umgang mit Traumatisierungen
- o Kommunikation
- o Interaktion und Sprachentwicklung
- o Umgang mit Medien
- o Entwicklung eines Handlungsrepertoires
- o Abschlussreflexion und Zertifikatsübergabe

An der Qualifizierung nahmen 14 ElternbegleiterInnen teil.

Die Akzeptanz der Muttersprache

Auch das Projekt GUGS ist von einer hohen Wertschätzung gegenüber der Muttersprache geprägt. Deutsch als Bildungs- und Verkehrssprache und die Erstsprache sollen hier im gleichen Maße gefördert werden.

Im Projekt GUGS werden Materialien und Spielsachen mitgebracht oder vorhandene Materialien genutzt. Die Angebote und Aktivitäten werden in Deutsch begleitet, sie bieten Anreize auch außerhalb des 1 ½ stündigen Angebots mit den Kindern die Zeit in der Unterkunft zu gestalten. Da die Flüchtlingsfamilien in der Regel noch nie mit der deutschen Sprache in Kontakt gekommen sind, und die Kinder noch nicht mit einer Erst- und einer Zweitsprache aufwachsen, ist bei GUGS Deutsch als Fremdsprache der zentrale Ansatz für die Sprachannäherung.

Umsetzung und Durchführung von GUGS

Das GUGS-Projekt wurde von zwei hauptamtlichen Koordinatorinnen aufgebaut und wird zukünftig von einer Koordinatorin weiterhin betreut. In der Vergangenheit unterstützten die Koordinatorinnen die GUGS-ElternbegleiterInnen, entwickelten mit ihnen Angebote und hielten Kontakt zu den BetreiberInnen der Unterkünfte.

In enger Zusammenarbeit mit 51 P/Elternbildung wurden die Unterkünfte ermittelt, in denen Familien mit Kindern in der passenden Altersgruppe leben. Diese Unterkünfte wurden von den Koordinatorinnen zunächst besucht, um Kontakt zu den BetreiberInnen der Flüchtlingsunterkünfte herzustellen. Sie haben ihnen das Konzept von GUGS und das dahinterliegende Anliegen erläutert und dafür geworben, dass die BetreiberInnen Familien ansprechen, ihnen das Angebot vorstellen und für die Teilnahme werben.

Nach erfolgreicher Beendigung der Qualifizierung haben sich zunächst die Elternbegleiterinnen in Tandems zusammengefunden und sich auf ihren gemeinsamen Einsatz in den Unterkünten vorbereitet. Nach den Sommerferien wurde dann an sieben Standorten mit GUGS gestartet.

GUGS-Gruppentreffen finden in der Regel einmal in der Woche über 90 Minuten in den Flüchtlingsunterkünften statt. Die Gruppengröße orientiert sich an den Lebensrealitäten der Flüchtlingsfamilien und an den Rahmenbedingungen vor Ort, wie z.B. die vorhandenen Räumlichkeiten.

Da in den einzelnen Flüchtlingsunterkünften die Gegebenheiten sehr verschieden sind, müssen sich die Elternbegleiterinnen auf jede Gruppensitzung intensiv vorbereiten und dabei die jeweiligen Bedingungen berücksichtigen. Es müssen sowohl die Bedürfnisse der Eltern aufgenommen, als auch frühkindliche/kindliche Bildungsanreize durch Spiele, Musik, Kreativität und alltagsbasierter Sprachförderung in der deutschen Sprache geschaffen werden. Es bedarf der engen Vernetzung und Kooperation mit dem Fachpersonal vor Ort, damit die GUGS-Gruppe ein möglichst niedrigschwelliges und interessantes Angebot für die Flüchtlingsfamilien darstellt. Die Elternbegleiterinnen leisten in dem Zusammenhang sehr viel Vertrauensarbeit, um den Familien das Ankommen zu erleichtern. Im Mittelpunkt stehen die Eltern-Kind-Interaktion und die Unterstützung der sozial-emotionalen Entwicklung des Kindes über die Stärkung der frühen Bindungserfahrung des Kindes und Förderung eines ressourcenorientierten Umgangs.

Die Struktur der wöchentlichen Treffen

Die 90-minütigen GUGS-Treffen beginnen mit einer gemeinsamen Begrüßungsrunde und enden mit einem gemeinsamen Abschluss. In den Gruppentreffen werden sowohl Anliegen, Wünsche, Bedürfnisse und Fragen der Erwachsenen geklärt, als auch jeweils eine gemeinsame Eltern-Kind-Interaktion angeleitet, zum Beispiel zu den Themen: Begrüßung/ Vorstellung; Ankommen in Deutschland; Essen, Trinken und Einkaufen; Körper und Gesundheit; Umgang und Bedeutung von Medien; Kennenlernen der Bildungseinrichtungen Krippe, Kita und Schule; Freizeit, Sport und Spiel; Unterschiede und Gemeinsamkeiten; Jahreszeiten und Jahreskreislauf.

Die Angebots- und Materialpalette für GUGS ist darauf abgestimmt und wird ständig erweitert.

Erfahrungen nach den ersten Wochen in den Flüchtlingsunterkünften

Zunächst sei erwähnt, dass es keine Hinweise darüber gab, ob GUGS als Angebot bei den Flüchtlingsfamilien überhaupt Zuspruch findet. Die BetreiberInnen haben sich durchgängig sehr offen für dieses Projekt gezeigt und die Zusammenarbeit zugesagt. Es gibt allerdings auch Unterkünfte in denen kein Raum zur Verfügung steht und auch die nächste Kultureinrichtung zu weit entfernt liegt, so dass das Projekt dort nicht angeboten werden kann.

Die ersten Gruppentreffen mit den Elternbegleiterinnen waren dann erfreulicherweise gut bis sehr gut besucht. Obwohl das Angebot für alle Familienmitglieder offen ist, also auch für die Väter, haben ausschließlich Frauen mit ihren Kindern an den Gruppen teilgenommen. Eine kleine Gruppe Männer, die ebenfalls teilnehmen wollten, wurde von den Frauen höflich hinausgebeten. Es scheint, dass die Frauen bei diesem Angebot unter sich sein wollen.

Es gibt unter den Frauen kaum eine, die bereits einen Deutschkurs besucht hat, dieses Angebot scheint zunächst den Familienvätern vorbehalten zu sein. Ein großes Anliegen der Frauen ist es daher, mit der deutschen Sprache in Kontakt zu kommen.

Diesem Anspruch gerecht zu werden, ist eine große Herausforderung für die Elternbegleiterinnen. Ein großer Vorteil ist deren Sprachenvielfalt. In jedem Tandem gibt es eine Elternbegleiterin, die arabisch spricht, so dass in den meisten Fällen vermittelt werden kann, über das, was man vorhat und welche Aufgaben erledigt werden sollen. Die größten Verständigungsschwierigkeiten gibt es mit den Flüchtlingen aus Afghanistan, die ausschließlich ihrer Landessprache Farsi mächtig sind. Für diese Sprache gibt es keine Übersetzerin unter den Elternbegleiterinnen. An dieser Stelle werden Gestik und Mimik zu Kommunikationshilfen.

Mit einem Rucksack voller Ideen und Angeboten ausgestattet, waren die Elternbegleiterinnen mit der Situation konfrontiert, ihre Ansprüche nach der ersten Verständigung sehr reduzieren zu müssen. Sie haben daraufhin mit Angeboten begonnen, die den kleinsten gemeinsamen Nenner darstellten. Die Gruppen waren sehr unruhig und vor allem die Kinder waren kaum zu gemeinsamen Aktionen zu bewegen. Es schien so, als wären Erwachsene und Kinder noch sehr mit ihrem eigenen Ankommen beschäftigt, so dass der Blick für die Gemeinschaft nicht frei ist. Materialien waren schnell in den Besitz von einzelnen Kindern übergegangen, gemeinsame Bastel- oder Malaktionen daher kaum möglich.

Diese Erfahrungen wurden durchgängig in allen Gruppen gemacht. Die ElternbegleiterInnen haben daraufhin ihre Angebote hauptsächlich auf Rituale ausgerichtet, die Gemeinsamkeit fördern. Bewegung, Lieder und gemeinsames Zubereiten von Speisen eignen sich dafür besonders gut. Die Dinge auf Deutsch benennen und Lieder mit einfachen Texten, die in jeder Sitzung wiederholt werden, sind gute Mittel zur Sprachanbahnung und für die Entwicklung eines Gemeinschaftsgefühls.

Für die Elternbegleiterinnen sind die wöchentlichen Gruppentreffen sehr anstrengend, aber auch spannend. Nach den ersten Sitzungen wurde deutlich, dass sie sich nicht auf feste Gruppengrößen, auf dieselben Teilnehmerinnen und auf eine feste Anzahl von Kindern einstellen können. Sie müssen ausgesprochen flexibel sein, um die Treffen für alle Beteiligten zufriedenstellend zu gestalten. Die Gruppen sind teilweise viel zu groß und die Unruhe erheblich. Es hat sich als eine gute Entscheidung erwiesen, dass die ElternbegleiterInnen im Tandem unterwegs sind. Sie können sich miteinander abstimmen und austauschen, so dass sie mit den vielen neuen Eindrücken und Begegnungen nicht allein gelassen sind.

Die ersten Gruppentreffen wurden auch von den hauptamtlichen Koordinatorinnen begleitet. Zeitweilig sind diese bei der Betreuung älterer Kinder eingesprungen, um die Gruppe arbeitsfähig zu bekommen.

Alle ElternbegleiterInnen treffen sich regelmäßig einmal wöchentlich mit den Koordinatorinnen, um sich auszutauschen, gemeinsam neue Ansätze für die Gruppentreffen zu entwickeln und ihre Erfahrungen zu reflektieren. Die Eindrücke sind vielfältig und der Austauschbedarf unter den Elternbegleiterinnen groß, so dass vermutlich die Gruppe geteilt werden muss.

GUGS Standorte

Die bisherigen Standorte stellen sich wie folgt dar:

Standort	Betreiber	Teilnehmerinnen	Sprachen	Herkunft
Am Nordhang 9 A-D Ahlem (Familien aus der Unterkunft Petit- Coronne-Weg)	DRK	9 Frauen 13-23 Kinder	Farsi, Kurdisch, Arabisch	Irak, Afghanistan, Syrien
Am Sahlkamp 30 A-C Vahrenheide	Johanniter	12-17 Frauen 10 Kinder	Farsi, Arabisch	Afghanistan, Syrien, Irak
Hebbelstr.57 List (Familien aus der Unterkunft Oststadtkrankenhaus)	DRK	8 Frauen 9 Kinder	Englisch, Arabisch	Ghana, Eritrea, Marokko, Syrien
Alt-Vinnhorst 82	European Homecare GmbH	7 Frauen 7 Kinder	Farsi, Arabisch	Afghanistan, Syrien
Lauckerthof 3 Stöcken		6 – 12 Frauen 13 Kinder	Farsi, Arabisch, Englisch	Afghanistan, Ghana, Syrien
Feodor-Lynen-Str. 3A Roderbruch	European Homecare GmbH	9 Mütter 6 Kinder	Englisch, Serbisch, Russisch, Arabisch	Ghana, Serbien, Georgien, Iran, Irak

Weitere Standorte haben sich für das Projekt interessiert und könnten ab August 2017 starten.

Badenstedt Herrmann-Ehlers- Allee 100	Fair Facility	In der Unterkunft wohnen 7 Mütter und 10-12 Kinder	Arabisch Kurdisch Farsi	
Kirchrode Zweibrückener Str. 72	European Homecare	In der Unterkunft wohnen 15 Kinder U7	Englisch Arabisch	hauptsächlich Ghana
Misburg Nord Kampstraße 11	DRK	In der Unterkunft leben 16 Mütter und 15-20 Kinder U7	Arabisch Kurdisch Albanisch	

Die Zusammenarbeit mit den unterschiedlichen BetreiberInnen ist sehr gut, es bestehen jederzeit Kontakt und Austauschmöglichkeiten. Insbesondere zu erwähnen ist die hohe Akzeptanz seitens der BetreiberInnen.

Zwei ehemalige große Flüchtlingsunterkünfte, die im Oststadtkrankenhaus und im ehemaligen Schulzentrum in Ahlem eingerichtet wurden, wurden geschlossen und die BewohnerInnen in kleinere Modulunterkünfte untergebracht. Das Angebot GUGS konnte dennoch nahtlos in den neuen Modulunterkünften (Hebbelstraße 57; List und Am Nordhang 9 A-D in Ahlem) weitergeführt werden.

Den BetreiberInnen war eine Fortführung des Angebots ausgesprochen wichtig.

Fazit

GUGS kommt in den Flüchtlingsunterkünften gut an. Die Gruppentreffen sind ausgesprochen gut besucht und die Mütter mit ihren Kindern sind mit Spaß und Freude dabei. Das Angebot scheint passgenau für die Zielgruppe zu sein, es bringt Abwechslung in den Alltag einer Flüchtlingsunterkunft und ganz nebenbei begegnet man der deutschen Sprache, lernt Vokabeln und die Begriffe vieler Alltagsgegenstände kennen.

Das Projekt GUGS hat eine Laufzeit von einem Jahr und wäre somit zunächst im Juli 2017 beendet. Über eine Weiterführung kann beraten werden, wenn sich deutlicher abzeichnet, wie sich die Unterbringungssituation und die Rahmenbedingungen für Flüchtlingsfamilien mit Kindern im Alter von null bis sechs Jahren darstellt.

Kosten für ein Jahr

Das Projekt ist wie folgt für ein Jahr kalkuliert und wird bis zum 30.06.2017 über eine Spende (Vertrauliche DS 0078/2016) finanziert.

Qualifizierung:	8.000,- €
Personalkosten:	50.000,- €
Honorarkosten:	29.000,- €
Material:	12.000,- €
Insgesamt:	99.000,- €